

# Kreis-Anzeiger

LOKALES    LANDKREIS WETTERAU

📅 Mittwoch, 28.08.2019 - 23:00    ⌕ 3 min

## Der Kreistag und der Klimawandel

**Der Klimawandel war am Mittwoch im Wetterauer Kreistag ein Schwerpunktthema. Gleich mehrere Anträge befassten sich damit.**

*Von jwn*

WETTERAUKREIS - Der Klimawandel war am Mittwoch im Wetterauer Kreistag ein Schwerpunktthema. Gleich mehrere Anträge befassten sich damit, angenommen wurde aber lediglich ein Änderungsantrag der CDU-SPD-Koalition.

Die Diskussion um den Klimawandel nahmen die Grünen zum Anlass, einen Klimavorbehalt bei den Entscheidungen im Wetteraukreis zu fordern. Demnach sollten bei künftigen Entscheidungen, Projekten und Prozessen immer die Auswirkungen auf das Klima mitbedacht und mitbewertet und mit Blick auf das mittelfristige Ziel der Klimaneutralität optimiert werden. Um anfallende Mehrkosten tragen zu können, sollte der Kreisausschuss

aufgefordert werden, aus den erzielten Überschüssen eine Finanzreserve, einen sogenannten "Klimatopf", zu bilden.

CDU und SPD wiesen dazu in einem Änderungsantrag darauf hin, dass der Kreis bereits frühzeitig Maßnahmen zur Realisierung des Klimaschutzes umgesetzt habe. Weil auch das kreiseigene Klimaschutzkonzept verfolgt und fortgeschrieben werde, schlugen die beiden Fraktionen vor, die Bemühungen auf diesem Gebiet zu intensivieren. Grünen-Sprecherin Katja Dombrowski forderte dagegen mehr als ein "Weiter so", denn Geld sei genug da, auch im Wetteraukreis. AfD-Sprecher Michael Kuger fand hingegen, in Deutschland herrsche eine echte "Klimahysterie".

Statt des Grünen-Antrags wurde schließlich der Änderungsantrag von CDU und SPD angenommen. Demnach sollen bei allen Entscheidungen auch weiterhin klimarelevante Aspekte einfließen und im Haushalt entsprechend berücksichtigt werden.

Gabi Faulhaber, Sprecherin der Linken, forderte in ihrem Antrag einen Paradigmenwechsel, weil der Klimawandel eine ernsthafte Krise bedeute. Der Wetteraukreis solle sich der Initiative vieler Kommunen anschließen und den Klimanotstand anerkennen. Bei Vorhaben und Beschlüssen des Kreises solle der Klimaschutz künftig Priorität haben. Zudem solle die Volkshochschule Klimafit-Kurse anbieten und Veranstaltungen, die sich an der Initiative des WWF orientierten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Gleiches galt für den Antrag "Klimadebatte versachlichen" der AfD. Während die Grünen und die Linken darauf verwiesen, dass auch Deutschland zu den Verursachern des Klimawandels gehört, wollte die AfD, dass der Kreistag zur Kenntnis nimmt, dass der Anteil Deutschlands am CO<sub>2</sub>-Ausstoß weltweit lediglich etwa zwei Prozent betrage. Während Deutschland seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß seit 1990 um mehr als 30 Prozent

reduziert habe, sei der globale Ausstoß im selben Zeitraum um etwa 60 Prozent gestiegen, schrieb die Fraktion in ihrem Antrag. Weil alle Maßnahmen zur Einsparung von CO2 voraussichtlich mit erheblichen Kosten verbunden seien, forderte die AfD unter anderem, dass Wert auf die Verhältnismäßigkeit und vor allem auf die finanziellen Auswirkungen der Maßnahmen für die Bürger gelegt werde.

Die Anträge seien "Wischwaschi", weil zu wenig konkret, argumentierte FDP-Sprecher Peter Heidt. Aufforstung, E-Mobilität oder den energetischen Ausbau von Altbauwohnungen könne er sich vorstellen. Deshalb beantragte er, alle Anträge in die Ausschüsse zu verweisen, um dort konkrete Maßnahmen zu beschließen. Dieser Vorschlag fand jedoch keine Mehrheit.

In den zuständigen Fachausschuss wurde ein Antrag der Grünen verwiesen, wonach der Wetteraukreis wieder in die Schutzgemeinschaft Vogelsberg eintreten soll. Denn: Der bewusste Umgang mit der lebensnotwendigen Ressource Wasser sei eine der wichtigen Zukunftsaufgaben, argumentierte Grünen-Sprecher Michael Rückl.

## **Kommentare**